

# Oberschlesische Zeitung

Einzelnummer 10 Goldpfennig

Das Volksblatt für Stadt und Land

Belegnummer 10 Goldpf.

Gesicht wertere. Der Bezugspreis beträgt für die Zeit vom 1. - 16. Juli 0,30 Goldmark. - Anzeigenpreis 10 Pf. Die 10 tägliche Willkürzeitung 1,10 Goldmark. Zeitungsdruck und Anzeigen 0,80 Goldmark. Finanz- und

Redaktions-Zentrum Beuthen 459

Pro fide et patria

Geschäftsstellen-Zentrum Beuthen 458

amtliche Angelegenheiten 0,20 Goldmark. Bekleidungs- 0,40 Goldmark. Ausland-Verträge werden unter dem Tagespreis berechnet. Redaktion und Geschäftsstelle Beuthen O.-S., Bismarckstraße 9

## Beginn der Londoner Konferenz.

### Neueste Nachrichten.

In Kattowitz ist die Kriminalpolizei, wie wir an anderer Stelle ausführlich melden, große Zollfahndungen auf die Spur gekommen. (Siehe besondern Bericht.)

Die Optionsfrist ist mit dem gestrigen Tage bei schwacher Beteiligung abgelaufen. (Siehe besondern Bericht.)

Wie aus Schwaben gemeldet wird, ist das Elbe-Direktions-Projekt (Wiesmar-Schwaben-Witznau) wegen finanzieller Schwierigkeiten endgültig aufgegeben worden.

Der Richter Ernst Foller ist gestern nachmittags aus der hiesigen Stellung als Richter ausgeschieden nach Verübung seiner fünfjährigen Festungshaft entlassen worden.

Der Senior der deutschen Parlamentsjournalisten, der Vorsitzende des deutschen Stenographenverbandes „Erlage Schen“ Max Baetler, ist gestern nachmittags, 67 Jahre alt, einem Schlaganfall erlegen.

Nach einer Meldung aus Hannover-Münden hat im Gebiete der unteren Weser ein heftiges Gewitter mit Hagelschlag und wolkenbruchartigen Regen ungeheuren Schaden angerichtet. Durch Wasserläufe sind mehrere Gebäude eingestürzt worden.

Das Reichsministerium hat den Entwurf einer neuen Reichsbeschaffungsverordnung angenommen.

Der französische Vorkonsul in Berlin hat die dringlichsten Regierung der Vereinigten Staaten über das deutsch-französische Abkommen überreicht.

Das Reichsministerium genehmigte einen Gesetzesentwurf der Regierung vom 13. Juli 1924, den 1. bis 5. März und vom 1. April bis zum 31. März 1925, der die Befugnisse der Zoll- und Umsatzeinkommensteuer von 1. 2. 5. 10 und 50 Pf. bestimmt. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes wird später von der Reichsregierung bestimmt werden.

Wie aus Königsberg gemeldet wird, setzte sich der Kommunisten-Nachwuchs in der u. a. bei der Besetzung der Stühle zur Wehr und verlor einen Parteimitglied schwer durch Wundstich. Er stirbt darauf.

### Keine Aufhebung der Absetzung ausgewiesener Beamten.

Wochum, 15. Juli. (Belgien.) Die Beschäftigten der Absetzung von Beamten, die eine Stelle betreffend die Wiederinstellung der ausgewiesenen Beamten, in der u. a. heißt: Es ist die Frage gestellt worden, welches die Lage der ausgewiesenen Beamten sei, die berechtigt sind, ins belgische Gebiet zurückzukehren. Diese Frage ist folgendermaßen entschieden: Die Zurücknahme der Ausweisung der oben bezeichneten Beamten stellt keine Aufhebung der Absetzung dar, welche die Ausweisung mit vollem Recht begleitete. Wenn der frühere Beamte eine neue Stellung oder Beschäftigung im belgischen Gebiet annimmt, so muß er, wenn nicht eine direkte Vollmacht hierzu vorliegt, neuerdings hierzu erlangen. Diese Erneuerung unterliegt der Prüfung des Generals.

### Die Weinernte gefährdet.

Triest, 15. Juli. Nach einer Veröffentlichung der hiesigen Presse ist in Triest seit etwa einem Monat eine Rebenkrankheit, wie sie bisher noch garnicht im Weinbaugebiet der Provinz der Saar und der Mosel beobachtet worden ist, außerordentlich stark auf. Es handelt sich um den sogenannten „roten Brenner“, einen Virus, der die Blätter befallt, diese zum Absterben bringt und so auch das Abblühen der Trauben verhindern vermag. Schon jetzt sieht man den Reben besessenen Weinböden ein starkes Absterben der Beeren. Erst jetzt ist der mikroskopische Nachweis davon gelungen, daß es sich tatsächlich um den roten Brenner handelt.

### Das vorläufige Ergebnis der Option.

Keine große Beteiligung. Kattowitz, 16. Juli. (Eigener Bericht.) Am gestrigen 15. Juli ist die Frist zur Einreichung der Optionserklärungen abgelaufen. Nach dem ersten zusammenfassenden Ueberblick steht die Zahl der Erklärungen auf beiden Seiten hinter den Erwartungen zurück. Von den rund etwa 200 000 Stimmberechtigten in Polnisch-Oberschlesien sind dem deutschen Generalkonsulat in Kattowitz etwa 5000 Erklärungen abgegeben worden, eine kleine, aber nach Lage der Verhältnisse zu begrüßende Zahl. Die endgültigen

### Große Schiedungen in Poln.-Oberschlesien

Zollhinterziehungen. - 50 Millionen Zoll Staats-schaden. - Elf Eäden gestohlen. Kattowitz, 16. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Durch Zufall gelang einem Kriminalbeamten der Kattowitzer Kriminalpolizei, einem großangelegten Schmuggel von für Polen zollpflichtigen Gegenständen auf die Spur zu kommen. Ein Spektler aus Deutsch-Oberschlesien hat seit längerer Zeit verschiedene zollpflichtige Waren unter falscher Deklaration polnisches Geschäftsleuten geliefert. Die sofort angenommene Untersuchung führte zur Beschlagnahme einer Unmenge von

Ziffen können vor Sonnabend nicht erwartet werden, so daß genaue Angaben noch nicht gemacht werden können. Entsprechend dem Genfer Vertrag können die Optionen 15 Jahre nach Uebernahme des Landes durch die neue Staatshoheit in ihrem bisherigen Wohnort wohnen bleiben. Aber den evtl. Abzug der Optionen nach dieser Zeit dürfen Vereinbarungen zwischen den beteiligten Regierungen noch getroffen werden. Soviel ist aber im Genfer Vertrag festgelegt, daß jeder, der binnen Jahresfrist nach der Option seinen bisherigen Wohnort verläßt, sein Hab und Gut zollfrei über die Grenze bringen kann.

Waren. Gleichzeitig wurde ein unterwegs befindlicher Waggon sowie ein Geheimlager beschlagnahmt. Bei elf Kaufleuten in Kattowitz, Bismarckstraße, Königshütte und Rybnik wurden die Eäden gestohlen und das gesamte Warenlager beschlagnahmt. Die Kriminalpolizei setzt die Ermittlungen fort. Einzelheiten können wegen evtl. Verdichtungsgefahr noch nicht veröffentlicht werden. An den Zollhinterziehungen sind einzelne polnische Zollbeamte mitbeteiligt. Der Schaden, den der polnische Staat erleidet, wird auf 50 Millionen Zoll gestätzt.

### Die Zoll- und Umsatzeink.

Berlin, 15. Juli. Der wirtschaftliche und der finanzpolitische Ausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrates behandelte in einer gemeinsamen Sitzung am 15. Juli die der Reichsregierung zur Begutachtung vorgelegten Entwürfe zur Zoll- und Umsatzeink. Nach eingehender Beratung wurde beschlossen, für die weitere Bearbeitung zwei Ausschüsse einzusetzen. Die letztere Frage wird vom bestehenden 12er-Ausschuss für Umsatzsteuer (Umsatzsteuer) behandelt. Beide Unterausschüsse werden ihre Arbeiten am 16. 7. beginnen.

### Die Eisenbahnfrage.

Berlin, 15. Juli. Unter dem Vorhitz des Reichsfinanzministers Dr. Lutz hat erneut eine Besprechung der Finanzminister der Länder statt, die sich mit den finanziellen Fragen befaßt, die sich aus dem Uebergang der Eisenbahn aus dem Besitz der Länder in den Besitz des Reiches ergeben. Die Besprechungen gelangen auch diesmal nicht zum Abschluß.

### Folgen der Kreditnot.

Mannheim, 16. Juli. Wie die L. u. A. erzählt, hat der Arbeitsminister bei dem die Woche stattgefundenen Verhandlungen mit dem Betriebsrat der Firma Lang in Mannheim über die Gewährung eines Staatscredits erklärt, daß hierüber eine Besprechung zwischen dem Innenminister und dem Finanzminister stattfinden würde. Es ist noch zweifelhaft, ob diese Besprechung von Erfolg sein wird. Angesichts dieser neuen Katastrophe muß allerdings erwartet werden, daß alles geschieht, was diese Katastrophe abwenden könnte, da die Stimmung der Arbeiterklasse erregt ist und Ausschreitungen zu befürchten sind.

### Das Reichsbahngesetz.

Unter dem Titel „Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft“ wird, wie das nunmehr ebenfalls der Vollendung

entgegengedehnte Gesetz, das in Ausführung des Sachverständigenrats beschlossen wurde, festgestellt, vom Deutschen Reich zum Betriebe der Reichsbahnen eine besondere Gesellschaft gegründet. Von grundlegender Wichtigkeit ist der Umstand, daß die Reichsbahnen unbedingt im Eigentum des Reiches verbleibt. Auch alles was die kommende Gesellschaft an Grundstücken und beweglichen Sachen, also vor allem an Fahrzeugen für die Zwecke der Reichsbahnen erwirbt, fällt kraft Gesetz in das Eigentum des Reiches und gehört zum Reichsbahnenvermögen. Die Organe der Gesellschaft werden ein Verwaltungsrat und der Vorstand sein. Der Verwaltungsrat besteht aus 18 Mitgliedern, von denen neun, also die Hälfte, von der Reichsregierung, die weiteren neun von dem Treuhänder, als dem Vertreter der Gläubiger der Reparationsausgleichsleistungen ernannt werden. Aber auch von diesen zweien neun Vertretern des Reiches 5 Deutsche sein. Auch der Präsident des Verwaltungsrates muß kraft Gesetz ein Deutscher sein.

Man sieht also, daß auch dieses Gesetz die deutschen Rechte in sehr nachdrücklicher Weise wahrt. Auf seine Einzelheiten werden wir noch zurückkommen.

### Die Beforgnisse der kleinen Entente.

Brag, 15. Juli. Die Mütter besprechen ausschließlich das Ergebnis der Konferenz der kleinen Entente. Im Gegensatz zu anderen Informationen sagte Cesto Stow, die besorgliche Frage sei besprochen worden. Man habe sich auf ihre tatsächlichen Propositionen besprochen und sie läßt kein Hindernis für die Staaten der kleinen Entente. Diese Erklärung dürfte ansetzen, daß die Frage aus der Welt der kleinen Entente ausscheidet. Das Wort bezieht sich ferner auf Dampfborg der kleinen Entente die Gestandmachung einer Monroedoktrin für Mittel- und Ost-Europa. Das amtliche Organ „Cestowienowa Republika“ bezieht die Reaktionsbestrebungen als hauptsächlichstes Hindernis der kleinen Entente und betont, daß die Rufe besonders bedrohlich wäre, wenn sich Ungarn mit einem der Staaten gegen die anderen verbünden würde.

### Frankreich und der Vatikan.

Die katholische Kirche Frankreichs durchlebt jetzt wieder einmal harte Stunden. Denn die Ankündigung Herriots in der Kammer, daß er die französische Vorkaufsrechte beim Vatikan aufheben wolle, kam zwar nicht überraschend, aber innerlich sind die Wunden, die die Abkündigung der Kirche Frankreichs geschlagen hatte, noch so frisch, daß man nicht die Worte des neuen Ministerpräsidenten leicht so leicht nehmen wird. Und man braucht dazu nur noch zu bedenken, wie schwer es Willeran und Briand 1921 fiel, die Belandtschaft beim Vatikan in der Kammer und namentlich im Senat durchzuführen, um zu verstehen, wie sehr jetzt die Gefahr nahergerückt ist, daß das Wert von 1921 wieder zerfällt wird.

So scheint es nun auch mit dem inneren Burgfrieden, der sich seit Kriegsbeginn bis jetzt in Frankreich behaupten konnte, vorüber zu sein, und jene Elemente wieder in der Politik des Landes Oberwasser zu bekommen, die seit 1870 nach dem Wahlsieg der Republikaner in Frankreich nicht eher ruhten, bis sie die Trennung von Kirche und Staat durchgesetzt hatten. Was Waldeck-Rousseau in seinem Vereinsegehe gegen die Kongregationen vom 1. Juli 1901 noch fürscherte in Angriff nahm, führte die Vera Gottes rücksichtslos durch. Diefem Mann gehörte der renouveau nicht, in kurzer Zeit 22000-23000 Klöster und 16000 (von 17000) katholische Schulen geschlossen zu haben. Die vertriebenen Missionare vertrieben in den Städten der Staaten und der Staat mußte sich mit 6 1/2 Millionen Franzosen zufriedengeben. Nach der Zerstückelung der Orden und Ordensschulen kam die Kirche selbst an die Reihe, und der weitere Schritt war jetzt die einseitige Kündigung des Konkordats, wogu das entscheidende Vorgehen Pius X. gegen zwei unüberbrückbare aber das französische Episkopat den willkommener Anlaß bot. Im Juli 1904, also gerade vor 20 Jahren, wird der französische Gesandtschaftsleiter, der nach nach Wladimir Kireev in Rom verließ, abgerufen und das Konkordat für gelöst erklärt. „Zorn um den katholischen Botschafter“ so sagte einer von Cestow Stow's Helfern (Revolution), „ist die Trennung von Kirche und Staat notwendig.“ Das Trennungsgesetz, das erst vom 1. Januar 1906 an in Kraft trat, entfernte die Kirche aus dem öffentlichen Recht und von nun hörte alle Staatsleistungen an die Diener der Kirche auf. Es sollte den Döbels ins Herz der französischen Kirche bedeuten. Die Wirkung war auch die denkbar traurigste. Die herrlichen Kirchen Frankreichs zerfielen, der hohe französische Priesterstand wurde gelichtet und der Nachwuchs ganz ungenügend, das jugendliche Bekehrerum nahm furchtbar ab.

Erst der Krieg mußte wieder das offizielle Frankreich daran erinnern, welche geistliche moralische Stütze es an der katholischen Kirche hatte und wie wichtig es sei, doch nicht ganz ohne Fühlung mit dem Oberhaupt der Kirche zu stehen. Die feste Furcht, daß während des Krieges der Einfluß Deutschlands und Österreichs beim Vatikan überwiege, veranlaßte es aus politischen Anhängen, einen inoffiziellen Vertreter, einen Emisarie beim Vatikan zu halten in der Person des bedeutenden Kirchenhistorikers Duchesne, der mit vielen Gesandtschaften Frankreichs Interessen vertrat. Als der Krieg zu Ende ging und jetzt die meisten Staaten Europas, so auch England, Holland, die Schweiz und Rumänien und die kirchenselbständige Tschechoslowakei daran gingen, beim Vatikan kirchliche Vertretungen einzurichten, und wie gar das Deutsche Reich eine alte Unterwerfungssünde der Vera Bismarcks gut machte und eine Gefährlichkeit beim Vatikan errichtete, so war es für Frankreich unmöglich, an diesem Weltlauf der Nationen unbeteiligt zu bleiben und bloßer Reich und Christentum allein verlassen hin, die Wege nach Rom wieder zu suchen die man zuvor mit Hindernissen und Stacheln verbaut hatte.

1920 kam der große Umschwung in der französischen Politik Frankreichs, als Brünnen war, care gegangen, als Clemenceau zum ersten Male beide teineweise Freunde in kirchlich Konzessionen waren. Der mich über seinen Wiedergeborenen Paul Desjardins